

"Ein Gerichtshof zu Ihren Diensten" in La Libre Belgique (5. Januar 2004)

Legende: Koen Lenaerts, seit dem 7. Oktober 2003 Richter am Gerichtshof, spricht in einem Interview mit der belgischen Tageszeitung La Libre Belgique vom Januar 2004 über die Rolle und die Funktionsweise der Institution. Er unterstreicht die Interaktion zwischen der europäischen Rechtsprechung und der nationalen und europäischen Politik.

Quelle: La Libre Belgique. 05.01.2004. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Une Cour de justice à votre service", auteur: Verhest, Sabine, p. 7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ein_gerichtshof_zu_ihren_diensten_in_la_libre_belgique_5_januar_2004-de-886940c0-7747-4f50-afca-ba659a106d26.html



Publication date: 05/07/2016

Ein Gerichtshof zu Ihren Diensten

- Der Europäische Gerichtshof stellt in Luxemburg-Kirchberg die Wahrung der Rechte der Bürger sicher.
- Er trägt zur europäischen Integration bei, erinnert der belgische Richter Koen Lenaerts.
- Er merkt an, dass die verstärkte Zusammenarbeit nicht leicht umzusetzen sein wird.

INTERVIEW

SABINE VERHEST

SONDERKORRESPONDENTIN IN LUXEMBOURG

Der Luxemburger Kirchberg scheint am Ende der Welt zu liegen. Aber „man muss unbedingt vermeiden, den Anschein zu erwecken, dass die europäische Gerichtsbarkeit dort abgehoben auf dem Gipfel dieses Hochplateaus thront“, beharrt Koen Lenaerts. Mit einem Lächeln, das ihn nie zu verlassen scheint, empfängt uns der belgische Richter, der Melchior Wathelet am Europäischen Gerichtshof abgelöst hat, nachdem er 14 Jahre lang am Gericht erster Instanz tätig war, in seiner Welt. Es geht darum, eine diskrete, aber für die Europäische Union von jeher außerordentlich wichtige Institution zu begreifen.

Es reicht, wenn man sich an „seine glorreichen Momente in den 70er Jahren erinnert, als jedermann auf politischer Ebene von ‚Eurosklrose‘ sprach. Damals war der Prozess zur Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen zur Abschaffung der Hindernisse für einen freien Warenverkehr komplett blockiert. Nichts passierte, weil es der Einstimmigkeit bedurfte“, berichtet Koen Lenaerts. „Die Rechtsprechung des Gerichtshofes zur Freizügigkeit hat Jacques Delors als Anhaltspunkt für sein Weißbuch über den Binnenmarkt gedient.“

Der Gerichtshof hat beinahe einen politischen Anstoß gegeben!

Die Vorschriften standen zwar in den Verträgen, aber der Gerichtshof hat in gewisser Weise deren ganzes Potenzial aufgedeckt, indem er der Politik gezeigt hat, dass die notwendigen Schritte in Wirklichkeit kleiner waren, als es schien.

Kann der Gerichtshof heutzutage nicht andere Quellen nutzen?

Das geschieht tagtäglich, beispielsweise im Bereich der Unionsbürgerschaft. Ende der 80er Jahre wurde Ian Cowan, ein britischer Tourist in Paris, zusammengeschlagen, als er aus einer Metrostation kam. Er verlangte die Entschädigung für Opfer, die den französischen Staatsbürgern zusteht, wenn der verantwortliche Übeltäter nicht gefasst wird. Cowan war der Ansicht, dass er als europäischer Bürger Anspruch darauf habe, und im Februar 1989 gab ihm der Gerichtshof Recht. Dieses Urteil wird im Allgemeinen als Grund für die Einfügung eines Titels zur Unionsbürgerschaft in den Vertrag von Maastricht betrachtet. Diese Interaktion zwischen Politik und Rechtsprechung findet auf europäischer Ebene ständig statt.

Wie wird diese Arbeit in Belgien aufgefasst?

Dieser gleiche Austausch findet auch zwischen der europäischen Rechtsprechung und der nationalen Politik statt. Die Rechtsprechung, der zufolge das niederländische System der zusätzlichen sektorbezogenen Altersversorgung mit dem europäischen Recht vereinbar ist, gab dem belgischen Gesetz über die zusätzliche Altersversorgung, dem sogenannten Vandenbroucke-Gesetz, den nötigen Anstoß. Der Gerichtshof ist kein Gesetzgeber, er äußert sich nur, wenn ihm ein Fall unterbreitet wird; aber selbstverständlich sendet er sowohl den europäischen als auch den nationalen politischen Schaltstellen eine Botschaft. Es geht um politischen Einfluss, nicht um eine politische Entscheidung.

Die Europäische Union befindet sich in der Sackgasse. Um voranzukommen, wird vielerorts von der Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen mehreren Ländern gesprochen. Was ist

juristisch möglich?

In allen Bereichen, mit Ausnahme der Verteidigung, ist heutzutage eine verstärkte Zusammenarbeit möglich, sofern sie nicht den Binnenmarkt beeinträchtigt oder einen Bereich berührt, der unter die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fällt. Es gibt aber auch Grauzonen, und auf politischer Ebene wird es nicht leicht sein, die erforderlichen Mehrheiten zu erlangen. Man muss sich eingestehen: Die verstärkte Zusammenarbeit ist in aller Munde, aber sie steht seit bereits 1997 im Vertrag, und nie wurde Gebrauch von ihr gemacht! Außerdem haben mehrere Mitgliedstaaten die Möglichkeit, außerhalb der Union zusammenzuarbeiten, wie das der Fall beim Schengener Abkommen oder im Verteidigungsbereich war. Das große Problem besteht darin, dass so der Gerichtshof und die Kommission ausgehebelt werden ...

Die supranationalen Gerichtsbarkeiten werden stark kritisiert. Wo stehen sie heute in der Welt?

Die Autorität des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg und des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg werden nicht angefochten. Die Lage ist heikler für die Rechtsprechungssysteme, die auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit basieren. Selbst wenn diese Gerichte eine grundlegende Rolle spielen, ist es für sie sehr viel schwieriger, ihre natürliche Autorität bei allen Mitgliedern geltend zu machen.

Das gilt beispielsweise für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGh) oder den Internationalen Gerichtshof. Es ist schwierig, die Zukunft dieser Art von Gerichtshöfen vorauszusagen, aber ich hoffe sehr, dass sie wie eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen funktionieren, dass einige Staaten vorangehen und die anderen folgen werden. Während die politischen Regimes sich nach und nach ändern, macht die Demokratie Fortschritte. Man darf nicht alles sofort haben wollen.

Wie kann man die Rolle und Funktionsweise des Gerichtshofes in Luxemburg auf einfache Weise erklären?

Innerhalb der Union fungiert er sowohl als Verfassungsgericht, oberstes Gericht und, zusammen mit dem Gericht erster Instanz, als Verwaltungsgericht. Im belgischen System wäre er gleichzeitig Schiedsgericht, Kassationshof und Staatsrat.

Worin genau bestehen seine Aufgaben als Verfassungsgericht?

Zunächst muss der Gerichtshof das Gleichgewicht zwischen den Gewalten schützen, indem er die jeweiligen Rechte der einzelnen Organe im Entscheidungsprozess innerhalb der EU schützt. Danach wacht er über die Wahrung der Kompetenzverteilung zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten. So hat beispielsweise Deutschland die Aufhebung der Richtlinie über das komplette Werbeverbot für Tabakwaren gefordert und erreicht, indem es erklärte, die EU sei für die Verabschiedung einer solchen Richtlinie nicht zuständig.

Und schließlich soll der Gerichtshof die Grundrechte der Bürger definieren und gegebenenfalls schützen. Ein Beispiel ist der Fall von „Baby Chen“, über den derzeit beraten wird. Ein chinesisches Ehepaar hält sich für einen kurzen Zeitraum legal im Vereinigten Königreich auf. Während dieser Zeit bringt die Frau in Belfast ein Kind zur Welt. Die Republik Irland verleiht allen, die auf der Insel – auch im Nordteil – auf die Welt kommen, die irische Staatsbürgerschaft; demnach ist das kleine Mädchen irische und europäische Staatsbürgerin. Nun wollen sich Eltern und Kind dauerhaft im Vereinigten Königreich niederlassen, und die Frage ist, ob die britische Ablehnung mit dem Gemeinschaftsrecht über Staatsbürgerschaft und dem Recht auf Familienzusammenführung vereinbar ist.

Kann ein Staatsbürger den Gerichtshof direkt anrufen, wenn er glaubt, dass seine Rechte nicht geachtet werden?

Nein. Der nationale Richter ist der ordentliche Richter, wenn es um europäisches Recht geht. Es ist seine Aufgabe, das europäische Recht anzuwenden und gegebenenfalls die Fragen über die Auslegung dieses Rechts herauszufiltern und sie dem Gerichtshof zukommen zu lassen. Dieser gibt eine Antwort, um den

Streitfall zu einem Ergebnis zu bringen. Das ist ein präventiver Mechanismus, der im Rahmen eines Dialogs von Richter zu Richter erfolgt.